Deutscher Bundestag **Drucksache 19/267**

19. Wahlperiode 13.12.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Hauptausschusses

zu der Verordnung der Bundesregierung
– Drucksache 18/13674 –

Zehnte Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung

A. Problem

Die Verordnung (EU) 2017/1509 des Rates vom 30. August 2017 über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea ersetzt die bis zu diesem Zeitpunkt geltende Verordnung (EG) 329/2007, die mehrfach und umfangreich geändert worden ist. Sämtliche bisher gegen die Demokratische Volksrepublik Korea beschlossenen restriktiven Maßnahmen wurden in der neuen Verordnung (EU) 2017/1509 in konsolidierter Form zusammengefasst und neu gegliedert. Die Bußgeldbewehrung in der Außenwirtschaftsverordnung ist an die neue EU-Rechtslage anzupassen.

B. Lösung

Empfehlung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., die Aufhebung der Verordnung nicht zu verlangen.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Bürgerinnen und Bürger sind von der Verordnung nicht betroffen.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Der Wirtschaft entsteht kein neuer Erfüllungsaufwand.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Der Verwaltung entsteht kein neuer Erfüllungsaufwand.

F. Weitere Kosten

Auswirkungen auf sonstige Kosten der Wirtschaft, Kosten für soziale Sicherungssysteme, auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

die Aufhebung der Verordnung auf Drucksache 18/13674 nicht zu verlangen.

Berlin, den 13. Dezember 2017

Der Hauptausschuss

Dr. Wolfgang Schäuble
Vorsitzender

Dr. Joachim Pfeiffer
Berichterstatter

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Dr. Roland Hartwig
Berichterstatter

Alexander Graf Lambsdorff
Berichterstatter

Klaus Ernst
Berichterstatter

Anja Hajduk
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, Carsten Schneider (Erfurt), Dr. Roland Hartwig, Alexander Graf Lambsdorff, Klaus Ernst und Anja Hajduk

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Verordnung der Bundesregierung auf **Drucksache 18/13674** in seiner 4. Sitzung am 12. Dezember 2017 an den Hauptausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Anpassung der Vorschriften zur Bußgeldbewehrung in § 82 der Außenwirtschaftsverordnung.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Hauptausschuss

Der Hauptausschuss hat die Verordnung auf Drucksache 18/13674 in seiner 3. Sitzung am 13. Dezember 2017 abschließend beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., die Aufhebung der Verordnung auf Drucksache 18/13674 nicht zu verlangen.

Berlin, den 13. Dezember 2017

Dr. Joachim Pfeiffer
Berichterstatter

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Dr. Roland Hartwig
Berichterstatter

Alexander Graf Lambsdorff
Berichterstatter

Klaus Ernst
Berichterstatter

Anja Hajduk
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.